

Peter Kögler

Landwirtschaft und Agrarpolitik in Entwicklungsländern - Globalisierung, Lebensmittelproduktion und Lebensmittelsicherheit in Afrika

Ungefähr ein Drittel des gesamten Wohlstandes Afrikas wird in der Landwirtschaft erwirtschaftet. Die Agrarwirtschaft ist einer der Haupt-Devisenbringer dieses Kontinents. Die Landwirtschaft ist außerdem die Haupterwerbsquelle eines Großteils der Bevölkerung (>60%).

Man vergleiche dazu das Burgenland. Nicht heute, sondern zu Beginn der 50er Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts. Hier zeigte sich ein sehr ähnliches Bild. Über 60% der Burgenländer waren im Agrarbereich beschäftigt. Niedrige Einkommen, sehr kleine Betriebsgrößen, eine ungünstige Randlage, ein Erbrecht, das zu einer Zerstückelung der Betriebe führte, eine hohe Abwanderung und vieles mehr. Das war das Burgenland, doch ist es ein Szenario, das heute noch auf viele Länder Afrikas zutrifft.

Heute leben im südlichen Afrika ungefähr 650 Millionen Menschen in 48 Staaten. Das sind ungefähr 11% der Weltbevölkerung. Deren gesamtes Bruttoinlandsprodukt (BIP) entspricht in etwa dem Österreichs oder 1% des weltweiten Wohlstandes. In extremer Armut leben heute ca. 340 Millionen Menschen, oder die Hälfte der Bevölkerung Afrikas. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt ca. 49 Jahre. Durch AIDS bedingt ist diese Zahl aber dramatisch im Fallen begriffen. In einigen Ländern beträgt sie nur mehr um die 35-39 Jahre (z. B.: Botswana, Sambia, Simbabwe).

Weitere wichtige Fakten (Gersterconsulting.ch):

- **Handel:** Afrikas Anteil am Welthandel ist über die vergangenen 50 Jahre stetig geschrumpft. Sein Anteil am Weltexportvolumen fiel von 5,3% (1960-69) auf 1,5% (1999).
- **Kapitalmarkt:** Direktinvestitionen aus dem Ausland (foreign direct investment, FDI) sind marginal. Nur 0,7% des globalen FDI landet im südlichen Afrika, wobei eine starke Kapitalflucht noch hinzukommt.

- **Personal:** Der so genannte „brain drain“ ist auf Rekordniveau. Schätzungsweise leben 30% der qualifizierten Afrikaner außerhalb Afrikas.
- **Entwicklungshilfe:** Die gesamten Entwicklungshilfeausgaben verringerten sich von US\$ 32 pro Kopf im Jahr 1990 auf US\$ 9 im Jahre 2000.
- **Kommunikation:** 0,2% der weltweiten Internetanschlüsse befinden sich in Afrika

Agrarpolitik aus Sicht einer internationalen NGO

Die Entwicklungshilfeorganisation CARE hat eine langjährige Erfahrung in diesen Ländern. In Österreich ist CARE nach dem Zweiten Weltkrieg durch die CARE-Pakete bekannt geworden. Heute, mehr als fünfzig Jahre später, arbeiten ca. 10.000 Mitarbeiter in über 70 Länderbüros für CARE. Alleine CARE Zimbabwe beschäftigt zum Beispiel heute über 600 Mitarbeiter.

Die weltweite Tätigkeit von CARE im ländlichen Raum beschäftigt sich mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung der vorhandenen Ressourcen, Verbesserung der Ertragslage, Bildung der ländlichen Bevölkerung sowie des Genossenschaftswesen und des ländlichen Kleinkreditwesens. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist eine nachhaltige Armutsbekämpfung durch stabilere und gesteigerte Familieneinkommen.

In vielerlei Hinsicht kann die Tätigkeit von CARE im agrarischen Bereich mit den Beratungsaufgaben der österreichischen Landwirtschaftskammern und dem Ländlichen Fortbildungsinstitut (LFI) verglichen werden. Im Bereich Genossenschaftswesen und Kleinkreditwesen gibt es starke Ähnlichkeiten zum Raiffeisensektor.

Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Pflanzenbau, Tierzucht, Kleinkreditwesen, Bewässerung, im Gewerbe und vieles mehr, runden die Angebotspalette von CARE ab.

Der Hintergrund von WTO, Agrarpolitik und Cancun

Die Uruguay-Runde von 1986-93 beschäftigte sich hauptsächlich mit der Liberalisierung des Agrar- und Textilbereichs und der Dienstleistungen, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie eines Zollabbaus um durchschnittlich 38% (Fischer Weltalmanach 2003).

Kritik und Unterstützung

Doch wie lauten die vielzitierten Kritikpunkte, die leider viel zu oft unreflektiert wiedergegeben werden.

Im Folgenden Stimmen, die von der britischen *BBC* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* kommen:

- Die WTO ist eine Organisation der reichen Länder die ausschließlich den Zielen dieser reichen Länder dient. Ein viel zu geringes Augenmerk wird auf die Probleme der Entwicklungsländer gelegt. Als Beispiel wird genannt, dass reiche Länder nach wie vor ihre Märkte für landwirtschaftliche Produkte, Textilien und Kleidung nicht geöffnet haben.
- Die WTO ist undifferenziert in Bezug auf Rechte der Arbeitnehmer, Kinderarbeit, die Umwelt und Gesundheit
- Die WTO ist undemokratisch weil ihre Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Medien geschehen
- Unterstützer meinen, dass sie sehr wohl demokratisch sei. Die Regeln in der WTO wurden durch die Mitglieder selbst bestimmt, sowie auch die Führungsgremien der WTO durch seine Mitglieder bestimmt werden.
- Durch Ausdehnung des weltweiten Handels sei die WTO sehr wohl in der Lage, die weltweiten Lebensstandards zu erhöhen.

Doch die Kritik bezieht sich nicht nur auf die WTO, ganz besonders stark werden auch die Europäische Union (EU), die USA und Japan kritisiert.

CANCUN

Im vergangenen Spätsommer machten die Entwicklungsländer seit langem wieder einmal auf sich aufmerksam. Ziemlich medienwirksam sogar. Dies geschah im mexikanischen Badeort Cancun, wo im September 2003 die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) stattfand. Die Medien waren voll davon. Das *Agrarische Informationszentrum (AIZ)* schreibt, dass „die WTO-Verhandlungen wegen der Singapur-Themen gescheitert seien“, das *African Business* Magazin titelt in seiner November Ausgabe: „Who was to blame for the Cancun collapse?“. Die einflussreiche *Financial Times* schrieb am 18. September 2003 folgendes über

Cancun: „African delegates walked out over EU's demands, even though it (the EU) had just ditched the most contentious of them“.

Seither ist ein halbes Jahr vergangen. Die vielfältigen Ursachen des Scheiterns der Verhandlungen wurden schon von allen Seiten beleuchtet, analysiert und interpretiert. Schuldzuweisungen gab es von allen beteiligten Seiten. Doch das überraschende Scheitern von Cancun war etwas ganz neues. Viele teilnehmenden Entwicklungs- und Schwellenländer machen, wenn überhaupt, negative Schlagzeilen. Die in den Verhandlungen so selbstbewusst auftretende Gruppe der G-22 war als Verhandlungsblock neu. Neu für die Europäische Union sowie für die Verhandler aus den Vereinigten Staaten und Japan.

Das „Neue“ daran war das geschlossene Auftreten, die gute Vorbereitung der einzelnen Delegationen und auch deren klare Position gegenüber den Singapur-Themen. Themen, die vor allem die EU und hier insbesondere Österreich und Deutschland, verhandeln wollten. Die Singapur-Themen beinhalten hauptsächlich ein globales Investitionsschutzabkommen, Wettbewerbsgesetze, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und einen Abbau bürokratischer Handelshemmnisse. Die Entwicklungsländer zeigten sich jedoch nicht verhandlungsbereit.

Erstmals wurden schlagkräftige und medienwirksame Allianzen geschlossen. Als G-33 traten die ärmsten Entwicklungsländer an die Öffentlichkeit. Eine weitere Allianz, das Bündnis der G-90, meist afrikanische Staaten, war ebenfalls über den Agrarhandel sehr besorgt. Diese ehemaligen europäischen Kolonien (AKP-Länder), welche einen bevorzugten Zugang zu europäischen Märkten haben, befürchten, dass ein „freizügigerer“ Agrarhandel diese Bevorzugung beenden würde. Diese Gruppe machte die Weltöffentlichkeit speziell auf die prekäre Lage der zentral- und westafrikanischen Staaten aufmerksam. Eine weitere Gruppe, war die Gruppe der G-22, welche von Ländern wie China, Indien, Ägypten und Brasilien angeführt wurde. Sie repräsentierten die Hälfte der Weltbevölkerung und zwei Drittel aller Bauern. In diesen Ländern leben auch 68% ärmsten Menschen der Welt. Nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen trat Kenias Handelsminister, George Odipo and die Öffentlichkeit und zeigte ganz offen seine Freude bezüglich der Einheit zwischen den Ländern der G-22-Gruppe.

Weiters wurde der Wille bekräftigt, in Zukunft die „Süd-Süd Kooperation“ verstärkt zu nutzen. Auf diesen neu erworbenen Verhandlungsbonus ist man in diesen Ländern besonders stolz. Ein Vertreter der Hilfsorganisation Oxfam beschrieb die Verhandlungsführung der G-22 Gruppe folgendermaßen: „Am Papier ist sie gescheitert, aber die neue Kraft der Entwicklungsländer,

haben gemeinsam mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) Cancun zu einem Wendepunkt bei derartigen Verhandlungen gemacht“.

Cancun und danach

Schon wenige Tage vor Beginn der Welthandelskonferenz erklärte der südafrikanische Präsident, Thabo Mbeki, dass die Vertreter der Entwicklungsländer sich mit den Globalisierungsgegnern außerhalb des Konferenzentrums verbünden sollten. EU Agrarkommissär, Dr. Franz Fischler, meinte daraufhin, dass die Entwicklungsländer die sich auf einer „Odyssee im Weltraum befänden und nun zurück zur Mutter Erde“ kommen sollten.

Nun, ein halbes Jahr später stellt sich die Frage, welche Auswirkungen Cancun für die einzelnen Gruppen oder Länder hatte und welche Optionen sich für Schwellen- und Entwicklungsländer daraus ergeben würden, beziehungsweise schon ergeben haben?

Das Scheitern der Konferenz wurde von vielen Handelsministern der Dritten Welt als ein Erfolg gefeiert. Erstmals hatte man dem Westen „erfolgreich“ seine Zähne gezeigt. Doch was nun? Was bedeutet dieses Scheitern von Cancun für die Agrarpolitik in Entwicklungsländern?

Die Euphorie ist nun überall vorbei. In den Entwicklungsländern sind wieder Ruhe und Alltag eingeleitet. Die für den Westen überraschenderweise gut vorbereiteten und organisierten Entwicklungsländer haben jedoch einige Lehren aus Cancun gezogen. Der Nigerianische Vertreter, Chineda Ibeabuchi, meinte dazu: „Der Kollaps von Cancun hat neue Allianzen unter den Entwicklungsländern hervorgebracht – und erstmals wurde mit einer Stimme gesprochen“.

Agrarpolitik in Entwicklungsländern: Zölle und der Abbau von Handelsschranken

Die Landwirtschaft der wohlhabenden Industrienationen gilt als das kontroversiellste Thema bei allen multilateralen Handelsgesprächen. Im Speziellen sind Schutzzölle und Subventionen für Agrarprodukte die vorrangigen Themen die weltweit für Aufregung sorgen.

In den Ländern des Südens ist die Armut vor allem auf dem Land zu Hause. Weltweit leben mehr als drei Viertel aller armen Menschen im ländlichen Raum. Deren Haupteinverdienungsquelle ist naturgemäß die Landwirtschaft. Hier ist die Argumentation der Schwellen- und Entwicklungsländer plakativ, aber einfach zu verstehen. Zirka 300 Milliarden Euro werden jährlich von den Industrienationen für die Unterstützung ihrer Landwirtschaft aufgewendet (ca. 1 Milliarde Dollar pro Tag). Das ist ungefähr sechsmal mehr als ihre jährlichen

Entwicklungshilfeausgaben. Weit verbreitet ist der Vergleich, dass die EU pro Tag und Rind zwei Dollar aufwendet (Produktsubvention). Dieser von der britischen Entwicklungshilfegruppe aufgestellte Vergleich weist zwar sehr anschaulich auf die Unterschiede zwischen reichem Norden und armen Süden hin, ist aber so nicht richtig.

Die Vorwürfe der Dritte Welt Länder bezüglich handelsverzerrender Maßnahmen sind aber nur teilweise berechtigt. Die EU hat nach der Uruguay Runde (1986 bis 1994) ihre Ausfuhrhilfen von 10 auf 2 Milliarden Euro gesenkt. Am 12. Sept. 2003 schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, dass nicht jede Hilfe den Handel verzerrt. Wenn sie als Ausgleich für höhere Qualitätsstandards, wie etwa im Tier- und Landschaftsschutz dienen, sind sie laut WTO erlaubt („green box“). Ausgleichszahlungen für Flächenstillegungen sind ebenfalls erlaubt („blue box“). Stützungen, die die Produktionsmenge und Preise verändern sind aber als handelsverzerrend anzusehen. Das relativiert natürlich den „Zwei Euro pro Kuh Vergleich“. Beispiele dieser Art gibt es zur Genüge. Entwicklungsländer und NGOs wissen über die Macht dieser Argumente. Tierische Subventionen werden ganz leicht mit menschlichen Einkommen verglichen. Somit können eigentlich fast alle Beihilfen als marktverzerrend dargestellt werden. Das Angebot der EU war aber, diese um 55% zu verringern.

Seit Beginn der EU-Agrarreform wurden die Zuschüsse für Produktion sukzessive gesenkt und umgeleitet in Umwelt- und Landschaftspflege. Seit 1993 hat die EU ihre handelsverzerrenden Hilfen und Exportförderungen um 75% gesenkt.

Tatsache ist aber, dass in vielen Entwicklungsländern ein Großteil der Bevölkerung weniger als einen Dollar pro Tag zum Überleben hat. Laut dem *African Business* Magazin betragen die Agrarsubventionen der USA für 2002 ca. 17,6% der gesamten US Agrarproduktion. Europas Agrarsubventionen betragen 36,5% und die Japans 59%.

Laut der Wiener Tageszeitung „*Die Presse*“ ist das Erstarren der armen Länder auch sehr viel auf das Zutun von NGOs zurückzuführen. Durch dieses, auch „Advocacy“ genannt, haben die NGOs das Feld für viele Entwicklungsthemen erst aufbereitet und deren Anliegen publik gemacht und so für eine breitere Öffentlichkeit aufbereitet. Auch arbeiten einige NGOs direkt mit Regierungen aus Entwicklungsländern zusammen und beraten diese bei der Erstellung ihrer Verhandlungspapiere.

Auswirkungen am Beispiel Afrika

Eine Studie des "International Food Policy Research Institute" (IFPRI) beziffert den Einkommensverlust der Landwirtschaft und der Agrarindustrie der Entwicklungsländer mit ca. 24 Milliarden Dollar jährlich. Dieser Schaden entsteht durch Protektionismus und Subventionen in Industrieländern.

Pro Jahr verdrängen handelsverzerrende Maßnahmen ca. 40 Milliarden Dollar netto an Agrarexporteinkommen von armen Ländern. Die Eliminierung dieser Stützungen würde zu einer Verdreifachung des Agrarhandels der dritten Welt führen.

Der entstandene Schaden in den Entwicklungsländern erschüttert mit seinen Schockwellen die gesamten Volkswirtschaften. Der durch Einkommens- und Arbeitsplatzverluste auftretende „multiplier effect“ schwappt in andere Wirtschaftsbereiche über. Da die meisten Entwicklungsländer agrarisch geprägt sind, werden diese übergreifenden Effekte (spill-over effects) noch hervorgehoben. Quer durch Sub-Sahara Afrika haben Geldentwertung, ein Rückgang der Nachfrage, gemeinsam mit einem einhergehenden gestiegenen Zinsniveau zu einer Deindustrialisierung geführt.

Hieraus ergeben sich zwei mögliche Szenarien:

Das erste Szenario wäre eine drastische Verringerung der Handelsbeschränkungen für Agrarprodukte aus dem Süden, gemeinsam mit einer einhergehenden weiteren Verringerung der Agrarsubventionen durch die EU, Japan und die USA.

Das zweite Szenario befürwortet eine stärkere „Süd-Süd Kooperation“ in Handels- und Zollfragen. Diese verstärkte „Süd-Süd Kooperation“ ist die vielleicht gangbarste und auch auf kurze Sicht gangbarste Möglichkeit. Hier gibt es bereits einige regionale Initiativen. Das wäre zum einen die „East African Community“, die „Afrikanische Union“ und die „Economic Community of West African States“.

Dennis Kebaara, vom kenianischen Institut für „Economic Affairs“ meint, dass afrikanische Länder weniger auf die bisherige „Cash Crop“ Agrar-Industrie setzen sollten, sondern sich vermehrt auf andere, alternative Märkte und Marktzugänge konzentrieren sollte. Innerafrikanischer oder verstärkter Süd-Süd Handel wäre nach Meinung des Institutes der bessere Weg aus der Armut als nur auf die WTO zu verlassen. *AllAfrica.com* meint dazu, dass ein verstärkter Süd-Süd Handel die Abhängigkeit vom Norden verringern würde. Weiters könnte

dies eine Diversifizierung der Volkswirtschaften begünstigen. Ein Freihandelsabkommen würde diese Länder nicht nur politisch sondern auch ökonomisch binden.

Doch die Verzerrung des Agrarmarktes ist keine rein westliche Eigenheit.

Beim Thema Landwirtschaft sind die Interessen von Ländern wie Brasilien, Argentinien oder Thailand ganz klar. Ein einfacherer und verbesserter Marktzugang für ihre am internationalen Markt wettbewerbsfähigen Exportprodukte. Das heißt, dass deren Interessen ganz anders gelagert sind als die von Lebensmittel- Nettoimporteuren oder von Ländern die ihre eigene Landwirtschaft vor marktverzerrenden Importen schützen wollen.

Viele Entwicklungsländer fürchten bei einer weiteren multilateralen Liberalisierung mehr zu verlieren als zu gewinnen, da diese Liberalisierung zu einem Erodieren ihre eigenen Marktvorteile in bestimmten Märkten führen würde.

Nicht nur die reichen Industrieländer sind protektionistische Sünder. Zölle und Tarife sind in Entwicklungsländern teilweise weitaus höher. Viele Entwicklungsländer heben höhere Zölle auf Agrarprodukte ein als reiche Länder. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt darüber, dass die EU bei unverarbeiteter Ware z. B. Jute, keine Zölle einhebt, Mexiko hingegen 13% auf den aktuellen Warenwert. Auch Indien, ein Land, das die Industrieländer regelmäßig kritisiert, ist kein Musterland bezüglich des Freihandels. Hingegen ist der Protektionismus der allermeisten Entwicklungsländer im wesentlichen auf Zölle beschränkt, da Stützungen für sie zu teuer kämen.

Die Mehrheit der Zolleinnahmen werden aber von armen Ländern eingehoben. Dadurch werden in erster Linie die eigenen Exporteure und Hersteller getroffen. Eine Politik, die mehr schadet als kurzfristig einbringt. Eine Erhöhung der Agrareinkommen würde aber die Menschen in Entwicklungsländern zu weiteren ökonomischen Aktivitäten ermuntern. Dies würde zu dynamischen Effekten in vier weiteren Sektoren führen: Arbeit, Land, Kapital und Technologie. Der größte Teil der Agarexporte geht in afrikanische Nachbarländer und hier sind die Zölle hoch.

Ein weiteres wesentliches und nicht zu unterschätzendes Problem vieler Länder des Südens ist nach wie vor die Rechtsunsicherheit, das geringe Demokratieverständnis vieler Regierungen und die oft äußerst fragwürdige Menschenrechtslage. Leider ist in den meisten dieser Länder eine schlechte Regierung (bad governance) die Regel und nicht die Ausnahme.

Ein Leserbriefschreiber auf BBC online brachte dies auf den Punkt. Zum Beispiel Simbabwe und Sambia: Diese beiden Länder hatten bis vor wenigen Jahren eine gut gehende Exportwirtschaft. Die Probleme waren nicht die Zölle und Subventionen der Industrienationen. Diese verursachten

nur kleine Schädigungen, aber das wahre Problem lag in sehr schlechten Regierungen und schlechter lokaler Politik.

EU, USA, Japan

Obwohl diese drei nicht unbedingt gemeinsam auftreten, werden ihnen im Bereich Landwirtschaft die meisten Vorwürfe gemacht. Die liegt teilweise daran, dass nicht immer ganz ehrlich argumentiert wird. „Wir wollen herausfordernde Ergebnisse und offenen Märkte.“ Diese Aussage wurde vom US Handelsbeauftragten Robert Zoellick zu Beginn der Ministerkonferenz in Cancun getätigt. Dagegen hält die deutsche Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast, dass die USA über die nächsten sechs Jahre ihre Farmen in der Höhe von 173 Milliarden Dollar subventionieren werden. Die wurde beschlossen, während die EU schon über eine Reform ihrer Agrarpolitik diskutiert hat.

Ein gutes Beispiel ist Baumwolle. Der weltgrößte Baumwollexporteur ist Amerika, obwohl die Produktion weitaus kostspieliger ist als zum Beispiel in Mali und Burkina Faso. Die US Regierung unterstützt mit derzeit rund vier Mrd. USD pro Jahr für ihre fünfundzwanzigtausend Baumwollproduzenten die damit Baumwolle im Wert von drei Mrd. USD produzieren. Diese Subventionen drücken die Preise und verzerren den globalen Markt. Besonders leiden darunter die 11 Millionen Westafrikanischen Baumwollproduzenten. (The Economist, 20.09.03).

Ein weiteres Beispiel sind die astronomischen Zölle auf japanische Reisimporte.

Beispiel:

Warum ist Reis in Japan so teuer?

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden weltweit jährlich zwischen 20 und 29 Millionen Tonnen Reis gehandelt. Das ist nicht besonders viel, wenn man bedenkt, dass zwischen 1961 und 2001 nur 4,5% der Welternte gehandelt wurden. Allein die Jahresproduktion Asiens betrug 2001 397 Millionen Tonnen Reis (das entspricht 90% der Weltproduktion). Die Region beherbergt rund 70% aller armen Menschen weltweit, die Reis als ihr Grundnahrungsmittel ansehen.

Reis ist aber das am meisten verzehrte Getreide am globalen Markt. Beide, arme und reiche Länder verwenden eine Vielzahl an Mechanismen um ihre Reisimporte und Exporte zu kontrollieren. Japan verlangte 1999 einen Über-Qoten Tarif von 491% für alle Getreide außer

Weizen. Die EU verwendet Exportstützungen und ist somit für 95% aller weltweiten Exportstützungen für Reis verantwortlich. Die Vereinigten Staaten von Amerika verwenden Kreditgarantien für ihre Reisbauern und so wird ein beträchtlicher Teil der amerikanischen Reisernte als Lebensmittelhilfe deklariert.

Bis 1994 waren Reisexporte aus Indien nicht gestattet um so die Lebensmittelversorgung im Land zu garantieren. China's Reismarketing System ist unter staatlicher Kontrolle. Seit 1999 dürfen in Vietnam Private Reis exportieren (4% des Gesamtexports).

Länderspezifische Regelungen können daher zu einem exorbitanten Unterschied zwischen lokalem und Weltmarktpreis führen.

(International Food Policy Research Institute (IFPRI))

Dem Westen wird vorgeworfen im freien Handel das Allheilmittel für alle ökonomischen Kinderkrankheiten und chronischen Erkrankungen Afrikas gefunden zu haben. Doch verteufeln sollte man diese Aussage nicht.

Berechnungen der Weltbank zufolge würden siebzig Prozent der Vorteile einer erfolgreichen Doha Runde auf einer Erleichterung des zwischenstaatlichen Handels zwischen armen Ländern beruhen. Das heißt, dass arme Länder mehr vom Abbau von Handelsschranken gewinnen würden als verlieren.

Ihre Interpretation des „Special and differential treatment“ lautete ungefähr so: „Wir tun nichts während die reiche Welt sich vollständig öffnet!“ Das Ergebnis dieser Haltung war ein Patt. Wer würde von einer vollständigen Liberalisierung des Agrarsektors profitieren? Bestimmt nicht die ärmsten Länder. Von so einer kompletten Marktöffnung des Westens würden vor allem die großen Agrarexporteure wie Brasilien oder Argentinien profitieren aber auch Australien, Kanada und Neuseeland. So wie die meisten Entwicklungsländer fordern auch sie tiefe Einschnitte bei Agrarsubventionen. Afrika hingegen würde links liegen bleiben.

Durch seine regionalen Handelsbeziehungen zu vielen afrikanischen Staaten (AKP-Länder), haben Veränderungen in der EU Handels- und Agrarpolitik weit stärkere Auswirkungen auf Afrika als die anderer reicher Länder. Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) rechnet, dass eine 70%ige Exportsteigerung Sub-Sahara Afrikas möglich wäre, würde die EU ihre Märkte komplett liberalisieren.

Bei der diesjährigen Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Dubai verglich der Weltbankpräsident, James Wolfensohn die weltweiten Rüstungsetats von jährlich 600 Mrd.

USD mit den Agrarsubventionen der reichen Länder, die bei jährlich über 300 Mrd. USD liegen. Dem gegenüber stehen Entwicklungshilfeausgaben von 56 Mrd. USD.

Auf die Frage bezüglich des Wunsches vieler Entwicklungsländer sich durch Agrarexporte einen Weg aus der Armut zu schaffen, antwortet Agrarkommissär Franz Fischler in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* im September 2003 folgendes: „Entwicklungsländer müssen bessere Chancen bekommen, ihre Produkte auf internationalen Märkten zu platzieren. Dazu gehört, dass man sie anders behandelt als Industrieländer. Viele muss man erst in die Lage versetzen, um exportieren zu können. Bisher entsprechen die Produkte oft nicht internationalen Standards. Eine Liberalisierung alleine macht nicht alle Länder zu Exporteuren.“

Große Herausforderungen für die Regierungen vieler Länder Afrikas stellen nach wie vor Themen dar wie: Landbesitz und Landverteilung, hohen Transaktionskosten, nicht angepasste Agrarpolitik und Marktverzerrungen im internationalen Agrarhandel, sowie Förderung von Frauen, die das Rückgrat der afrikanischen Kleinlandwirtschaft darstellen. Wie auch in Europa befürchtet man, dass Handelsreformen Mittel- und Großbetriebe bevorzugen und so die große Gruppe der Kleinbauern auf der Strecke bleiben. Hier wird vor allem der Wettbewerbsnachteil der Kleinlandwirte hervorgehoben die gegenüber billigerer Importware aus der Produktion gedrängt würden.

Zum Schluss

Ein nicht unwesentlicher Wettbewerbsnachteil vieler Entwicklungsländer liegt darin, dass es für diese Länder einfach unmöglich ist ihre Landwirtschaften zu subventionieren. Ähnlich den EU Beitrittsländern, benötigen Entwicklungsländer längere Übergangsfristen um adäquate ländliche Entwicklungspläne zu erstellen.

Protektionismus und Abschottung ist kontraproduktiv, auch für Entwicklungsländer. Mehr noch, sie wirken wie eine zusätzliche Steuer auf Agrarprodukte. Dies verteuert wiederum die Lebensmittelpreise – für arme Familien ist das aber existenzbedrohend. Haushalte mit geringem Familieneinkommen geben oft mehr als 50% ihres Einkommens für Lebensmittel aus.

Das heißt, dass viele Entwicklungsländer die Prioritäten ihrer Wirtschafts- und Agrarpolitik ändern müssen. Diese Länder müssen mehr für ihre Landwirtschaft und ländliche Entwicklung tun. Viele Begehren der Regierungen dieser Länder klingen hohl und leer solange das gegenwärtig zu geringe Investitionsniveau im Agrarsektor und bei der ländlichen Entwicklung bestehen bleibt.

Eine umsichtige Entwicklungspolitik und Prioritätensetzung sollte dazu genutzt werden das Investitionsniveau in benachteiligten ländlichen Gebieten zu steigern. Weitere Prioritäten ländlicher Entwicklung sollten folgende Themenbereiche beinhalten: agrarische Ausbildung und Forschung, Infrastruktur und Kommunikation, Landreform, Zugang zu Wasser, Bauernorganisationen (Genossenschaften, Bauernverbände), und ein allgemein verbesserte politische Partizipation der ländlichen Bevölkerung.

Die EU und auch Österreich können dabei behilflich sein. Sogenannte Armutsbekämpfungspapiere (Poverty Reduction Strategy Papers) sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, um eigene Probleme selbst in die Hand zu nehmen. Die tansanische „Planning and Privatisation Commission“ berichtet, dass ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment (FDI)) in nur fünf Jahren (1997-2001) um beachtliche 46% stiegen. Stabile, übersichtliche und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen haben so eine Steigerung erst ermöglicht. Ähnliches ist für Mosambik und Uganda zu berichten.

All das klingt sehr bekannt. So anders sind die Probleme des Südes oft gar nicht und viele Dinge treffen auch auf die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft Österreich zu. Man muss sich nur vor Augen führen: „ Vor 50 Jahren war das Burgenland noch in Afrika... und heute?“

Literatur:

- African Business, Africa 2003 Economic Review, by James Badcock, Neil Ford, and Tom Nevin, Seiten 12-17, N° 294, January 2004
- African Business, Foreign Direct Investment in Africa, by Anver Versi, Seiten 10-14, N° 294, December 2003
- AGEZ-Presseaussendung, Elfriede Schachner, Entwicklungspolitische NGOs zum Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancun, 15.09.2003
- Aiz – Agrarisches Informationszentrum, Österreich: Multilateralismus und gezielte Entwicklungshilfe vorrangig, <http://www.aiz.info>, 22.09.2003
- Aiz – Agrarisches Informationszentrum, WTO – Verhandlungen in Cancun wegen „Singapur-Themen“ gescheitert, <http://www.aiz.info>, 22.09.2003
- AllAfrica Global Media (allAfrica.com), by Charles Cobb Jr., Cancun-Destined for Failure, <http://allafrica.com/stories/printable/200312170280.html>, 16.09.2003

- AllAfrica Global Media (allAfrica.com), SA Trade-Reform Hopes Lift On 'Encouraging' Geneva Meeting, by Carli Lourens, <http://allafrica.com/stories/printable/200312170280.html>, 17.12.2003
- BBC News, Africa 'should look inward to trade' <http://nwes.bbc.co.uk/2/hi/africa/3118120.stm>, 17.09.2003
- BBC News, Can free trade benefit Africa?, <http://nwes.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/africa/3104046.stm>, 12.09.2003
- BBC News, Cancun: Winners and losers, <http://nwes.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/africa/3102828.stm>, 15.09.2003
- BBC News, Does trade exploit the poor?, by Michael Blastland, <http://nwes.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/business/3372305.stm>, 06.01.2004
- BBC News, G22 will talk trade 'any time', <http://nwes.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/business/3180134.stm>, 10.10.2003
- BBC News, Mixed feelings over Cancun collapse, by James Arnold, <http://nwes.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/business/3110844.stm>, 15.09.2003
- BBC News, Quick Guide: World Trade Organisation, http://nwes.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/europe/country_profiles/2429503.stm, 09.09.2003
- BBC News, WTO gridlock in Geneva, by Andrew Walker, <http://nwes.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/business/3318159.stm>, 14.12.2003
- BBC News, WTO kickstarts trade talks, <http://nwes.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/business/3192834.stm>, 14.12.2003
- Business in Africa, International Magazine, Tanzania excels, by Leonard Mwakalebela, Seiten: 50-51, www.businessinafrica.net, December 2003/January 2004
- COPA-COGECA, Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen der Europäischen Union – Allgemeine Ausschuss des ländlichen Genossenschaftswesens der Europäischen Union, Verteidigung der europäischen Landwirtschaft auf dem Wege des fair trade, 04.09.2003
- Der Standard, Von einer Einigung über den Abbau von Handelsschranken könnten aus Sicht der Weltbank insbesondere die Entwicklungsländer profitieren. Die reichen Staaten sollten bei diesem Prozess die Führungsrolle übernehmen, Printausgabe, 10.09.2003

- Die Presse, "Der Süden fordert Rechte ein – mit westlicher Hilfe", www.diepresse.com, 16.09.2003
- Die Presse, "Drei Jahre Pause für Liberalisierung", www.diepresse.com, 16.09.2003
- Die Presse, "Mittelalterliche Organisation", www.diepresse.com, 16.09.2003
- Eza.at ein Service de ÖFSE, 5.WTO-Ministerkonferenz in Cancun, Mexiko, www.eza.at
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, WTO-Handelskonferenz: Nicht nur die reichen Länder erheben hohe Agrarzölle, Nr. 213, Seite 11, <http://www.faz.net>, 13.09.2003
- Gerster Consulting, Globalisation and Africa: Perspectives for development co-operation, www.gersterconsulting.ch/globalisation_and_africa.pdf
- International Food Policy Research Institute, How Much Does It Hurt? The Impact of Agricultural Trade Policies on Developing Countries, <http://www.ifpri.org>
- Stieglitz Josef, Globalisation and its Discontents, New York, 2002
- Süddeutsche Zeitung, „Cancun darf nicht scheitern“, Interview mit Fischler, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/710/17693/> 10.09.2003
- Süddeutsche Zeitung, Kräfteressen zwischen Arm und Reich, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/706/17689/> 10.09.2003
- Südwind, Magazin für Internationale Politik, Kultur und Entwicklung, Südwind Agentur GmbH, 1080 Wien, Austria, Seiten 16-19, Nr. 10, Oktober 2003
- The Courier, the magazine of the ACP-EU development cooperation, Lessons learned in Cancun, by Kenneth Karl, Seiten: 6-7, N° 200 September-October 2003
- The Courier, the magazine of the ACP-EU development cooperation, A European perspective on the Fifth Ministerial Conference of the WTO, by Peter Young, Seiten: 8-9, N° 200 September-October 2003
- The Economist, Dirt poor, <http://www.economist.com>, research tools: surveys, 19.03.1998
- The Economist, Growing pains, <http://www.economist.com>, research tools: surveys, 23.03.2000
- The Economist, Raising the barricades, <http://www.economist.com>, research tools: surveys, 18.09.2003
- The Economist, The battle in Seattle, <http://www.economist.com>, research tools: surveys, 25.11.1999

- The Economist, The Cancun challenge, Special report: World trade talks, Seiten: 61-63, 05.09.2003
- The Economist, Who elected the WTO?, <http://www.economist.com>, research tools: surveys, 27.09.2001
- The Institute for Agriculture and Trade Policy, Ben Lilliston, WTO Breakdown Should Be A Wake-up Call for Real Reform, www.iatp.org, 14.09.2003
- University of California, Davis, Department of Agricultural and Resource Economics, Agricultural Policy reform and the WTO: Where are we heading?, International conference, Capri, Italy, www.ecostat.unical.it/2003agtradeconf/ 23-26 June 2003

Autor:

DI Peter Kögler

Care Österreich

Verein für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Invalidenstraße 11

1030 Wien

e-mail: peter.koegler@care.at

Tel: +43/1/715 0 715

Fax: +43/1/715 9 715